

Geschlechterpolitik



Der Themenbereich Geschlechterpolitik des SKMR befasst sich mit der Umsetzung menschenrechtlicher Vorgaben zur Verhinderung von Diskriminierung aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit, der Geschlechtsidentität oder der sexuellen Orientierung.

Das Gebot der Nichtdiskriminierung und der Gleichbehandlung aufgrund des Geschlechts ist eine der grundlegendsten Normen der Allgemeinen Menschenrechtserklärung und der Menschenrechtsverträge der UNO und des Europarates, welche die Schweiz ratifiziert hat. Die umfassende Gleichstellung der Frau verlangt sodann das Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW).

Wichtige Brennpunkte für das SKMR stellen unter anderen folgende Problemstellungen dar:

- Geschlechtsspezifische Formen von Gewalt insbesondere Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel
- Strukturelle und institutionelle Diskriminierung aufgrund des Geschlechts (im Erwerbsleben, im Bildungswesen, im Bereich politischer und gesellschaftlicher Partizipation etc.)
- Umgang mit Mehrfachdiskriminierung und indirekter Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bzw. der sexuellen Orientierung
- Inter- und Transsexualität
- Geschlecht und kulturelle Identität im Lichte der grund- und menschenrechtlichen Garantien
- Spezifische Fragestellungen betreffend der Rechte von Migrantinnen
- Gleichstellung im Kontext von Ehe und Familie (Sorgerecht, Scheidungsrecht, Namensrecht etc.)

Verantwortliche Institution

Das Interdisziplinäre Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern (IZFG) übernimmt die Federführung im Themenbereich Geschlechterpolitik innerhalb des SKMR. Das Zentrum hat sich in Lehre, Forschung und Dienstleistung mit der Thematik der Menschenrechte von Frauen sowie mit Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Geschlechtsidentität oder der sexuellen Orientierung befasst. In öffentlichen Vorlesungsreihen, Workshops und Tagungen hat es unterschiedliche Aspekte der Menschenrechte von Frauen thematisiert, so etwa internationale Standards, Fragen des Umfangs staatlicher Sorgfaltspflicht bei der Umsetzung der Menschenrechte von Frauen, die Bedeutung des Geschlechts im Rahmen migrationsrechtlicher und entwicklungspolitischer Fragestellungen. Das IZFG verfügt über eine reiche Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Behörden und mit NGOs im Bereich der Geschlechterpolitik.

Themenbereichsleitung



Dr. Brigitte Schnegg
Universität Bern
Historikerin, Leiterin des Interdisziplinären Zentrums für Geschlechterforschung der Universität Bern (IZFG) mit den Arbeitsschwerpunkten Gender und Entwicklung, Migration, Care, Armut und Sozialfürsorge sowie Menschenrechte. Vizepräsidentin Schweizerische Gesellschaft für Geschlechterforschung (SGGF).



Foto: Lukas Lehmann/KEYSTONE